

Cédric Wermuth

## **Unredigiertes Skript zur Rede zum 1. Mai 2018, Uster und Biel**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Genau vor 200 Jahren am 5. Mai 1818, wird im deutschen Trier, als Sohn eines jüdischen Anwalts, Karl Marx geboren. Ein Mann, dessen politisches und wissenschaftliches Wirken die Welt grundlegend verändern sollte. Und das, in völlig verschiedene Richtungen. Bis heute wird mit dem Namen Karl Marx, mit der Chiffre Marx, alles Mögliche verbunden. Vom Beginn der Arbeiterinnen und Arbeiterbewegung bis zur Katastrophe des Stalinismus. Jenseits von jeder Polemik lohnt sich aber die Beschäftigung mit Marx, so würde ich meinen, auch und gerade heute noch. Marx hat weder als erster noch als letzter den Kapitalismus beschrieben, aber vielleicht als erster in dieser Präzision. Und spätestens seit der Finanzkrise hat auch der hinterste und letzte verstanden, dass irgendwo, irgendwas so nicht weitergehen kann.

Drei Dinge, mindestens, können wir bis heute mitnehmen.

Erstens: Marx hat den Kapitalismus als ein System entlarvt, in dem Ausbeutung und Ungleichheit nicht einfach moralische Kategorien sind. Sondern strukturell dazu gehören. Der Kapitalismus trennt die Kontrolle über die gesellschaftlichen Ressourcen von der Mehrheit der Bevölkerung. Er konzentriert die ökonomische Macht, das Kapital in wenigen Händen. 2009, also zu Beginn der Finanzkrise besaßen die reichsten 380 Personen der Welt gleich viel Vermögen die 50% ärmeren. 2017 waren es 61 Personen, 2018 noch ganze 8. Acht einzelnen Menschen, die gleich viel Vermögen besitzen wie 50% der Weltbevölkerung, wie vier Milliarden, zusammen. Und in einer Welt, in der das Geld regiert, laufen die Dinge zugunsten der 8, nicht der der vier Milliarden. Der US-Multimilliardär Warren Buffet sagte schon 2003 und 2011: "Ja, der Klassenkampf findet statt. Aber ist meine Klasse, jene der Reichen, die ihn führt und gewinnt." Wir recht er hat. Weltweit leiden 2017 815 Millionen Menschen dauerhaft an Hunger, 2015 waren es immerhin noch 35 Millionen weniger. 125 Millionen davon leben in einer extremen Hungerkrise, 50% mehr als 2015. 65 Millionen sind weltweit auf der Flucht. So viele wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. 35 bis 40'000 Menschen auf der Flucht vor Armut, Tod und Elend, 10'000 mehr als die gesamte Bevölkerung der Stadt Uster [Biel hat 55'000 Einwohner], sind in den letzten 25 Jahren<sup>1</sup> alleine im Mittelmeer elendiglich verreckt, 15'000 alleine seit 2014 und heute. Und die Schweizer Grossbank UBS macht im 1. Quartal 2018 mehr Gewinn als im gesamten Jahr 2017. Für wie krank, Genossen und Genossinnen, werden dereinst die Historikerinnen und Historiker unsere Zeit halten?

Und wenn wir jetzt meinen, ja, das geschieht dort draussen in der Welt, oder vielleicht in den USA, dann liegen wir falsch. Der Klassenkampf von oben gegen die Mehrheit ist in der Schweiz im vollen Gange. Die Vermögen jener, die mehr als 10 Millionen Franken besitzen, haben sich zwischen 2003 und 2013 mehr als verdoppelt. Über 50% der Steuerpflichtigen hingehen besitzen weniger als 50'000 Franken Vermögen, ein Viertel hat gar keines oder Schulden – fast 300'000 Personen mehr als 10 Jahre vorher<sup>2</sup>. Könnt ihr euch erinnern, wie man uns nach der Finanzkrise versichert hat, die da oben hätten ihre Lektion gelernt? 2017 verdiente der Chef der UBS, Sergio Ermotti, wieder 14 Millionen Franken. Als wäre nie etwas gewesen. Für das, was Sergio Ermotti in weiteren 10 Jahren nach der Krise verdient, müsste ein Zürcher Lehrer [Berner Lehrer] mit einem Durchschnittslohn bei 45 Arbeitsjahren 27 Mal [33 Mal] wiedergeboren werden und nie auch nur einen Franken ausgeben.

Und gleichzeitig erklärt man uns in Kanton nach Kanton, dass bei den Leistungen an die Bevölkerung jetzt abgebaut werden müsse, weil das Geld fehle. Im Kanton Aargau wird aus Budgetgründen das Geld für Vorläufig Aufgenommene von 9 auf 8 Franken gekürzt, der Grosse Rat will die Sozialhilfe um 30% kürzen, während die dieselbe Mehrheit die Unternehmenssteuern noch einmal senken will [der Kanton Bern kann ein Lied davon singen]. Und das gleiche Parlament in der Bundeshauptstadt, dass sich standhaft weigert, den Steuerbetrug durch die Superreichen in der Höhe von bis zu 30 Milliarden jährlich auch nur anzuerkennen, will jetzt BezügerInnen von Leistungen der Sozialversicherungen schneller Privatdetektive auf den Hals hetzen, als Terroristen. Dieses Wochenende, vorgestern musste wir sogar lesen, dass erstmals ein Mensch, in diesem Land gestorben ist, weil ihm die Krankenkasse die Medikamente nicht mehr bezahlt hat, weil er auf einer Schwarzen Liste stand und seine Prämien nicht zahlen konnte. Genossinnen und Genossen, dieses Land hat nicht zuerst ein

---

<sup>1</sup> Bis 2013: <https://www.theguardian.com/world/2013/oct/03/mediterranean-migrant-deaths-avoidable-loss>, ab 2014: <https://missingmigrants.iom.int/mediterranean>

<sup>2</sup> Verteilungsbericht 2017, Denknetz Jahrbuch 2017

Problem mit seine Gesundheitskosten oder mit Sozialbetrug oder mit den Kosten für die Flüchtlingskrise. Dieses Land hat vor allem ein Problem mit der Arroganz der Klassenkämpfer von oben, wir können uns nicht die Armen nicht mehr leisten hierzulande, sondern Reichen und ihr System nicht mehr leisten können!

Zweitens können wir mit Marx Krisen im Kapitalismus verstehen, nicht als Unfälle, sondern als Teil der Normalität. Krisen gehören zum Kapitalismus wie das Amen zur Kirchen. Die enormen Ungleichheiten sind weder sozial noch politisch, noch ökonomisch irgendwie nachhaltig. Und diese Krisen drohen, wie heute, dramatisches Ausmass anzunehmen. Die Krise der Ungleichheit, die Krise der weltweiten Flucht. Vielleicht die dramatischste von allen diesen Krisen, die Krise der ökologischen Grundlagen. Ich kann ich gut erinnern, als ich angefangen haben mich politisch zu engagieren, so um die 2000er Jahre, sagten die Expertinnen und Experten, dann die Katastrophe unvermeidlich sei, wenn in den nächsten 10 Jahren nicht entschieden gegen den Klimawandel gehandelt werde. Seither sind fast 20 Jahre vergangen und vor allem eines ist passiert: Nichts. Und plötzlich hat sich die ganze Welt empört, als die USA unter Trump aus dem Pariser Klimavertrag ausgestiegen sind. Vergessen gegangen ist dabei, dass die USA nicht die einzigen sind. Neben den USA haben zwei weitere Länder zuerst nicht unterschrieben. Syrien, weil Syrien im dramatischen Bürgerkrieg andere Probleme hat und Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung hat nicht unterschrieben, weil sie sagte, man unterschreibe diesen Vertrag nicht, weil er keine einzige konkrete Massnahme erhalte und damit nur vorgaukle, etwas genug gegen den Klimawandel zu tun. Obwohl die Regierung in der Zwischenzeit eingelenkt ist, muss man eines sagen: Nicaragua hatte Recht. Der Vertrag von Paris, wird nicht ausreichen. Ganze einfach, weil er ein System weiterleben lässt, dass von der systematischen Ausbeutung von Menschen und vor allem der natürlichen Ressourcen lebt. Ein System, dass auf Wachstum angewiesen ist, auf immer mehr und mehr Verbrauch von Energie. Kein Elektroauto wird die Welt retten, wenn der Gesamtverbrauch zunimmt. Die ökologische Katastrophe ist nicht aufzuhalten, wenn wir das Problem nicht grundlegend angehen.

Und in den Momenten von Krisen, wie wir sie erleben, wenn die Welt über uns hereinzubrechen scheint, von den Finanzmärkten, über die Flüchtlinge, bis zur Naturkatastrophe, wenn Ohnmacht und Angst sich breitmachen, dann schlägt die Stunde jener, die versprechen, die alte Welt wiederherzustellen, für Ruhe, und Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Und diese Bedrohung durch einen neuen Faschismus ist nicht mehr theoretischer Natur, sie ist verdammt real. Trump in den USA, in Polen, Ungarn, der Türkei und Österreich ist die extreme Rechte an der Macht beteiligt. In Deutschland sitzt mit der AfD erstmals eine offen Rechtsextreme Partei als grösste Oppositionspartei im Bundestag, in Frankreich mit dem Front National genauso. Sie stellen alles in Frage, was uns selbstverständlich schien. Die Rechte der Gewerkschaften, die Pressefreiheit, die freien Wahlen, die Religionsfreiheit, Europa, die Gleichstellung der Geschlechter und von Homosexuellen, das Asylrecht. Genossinnen und Genossen, es mag pessimistisch klingen, aber alle Zeichen der Zeit weisen darauf hin, dass meine Generation um alles, was uns selbstverständlich schien wieder kämpfen müssen. Und auch das kann man aus der Geschichte lernen. Faschisten bekämpft man nicht, indem man ihnen entgegenkommt, sondern im den man ihnen entgegentritt. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und er gehört auf die Müllhalde der Geschichte.

Und das ist das dritte, was uns Marx heute mitgeben kann. Seine vielleicht zentralste Botschaft lautet: Angesichts einer Welt in der Krise, gibt es nur eines, das gefährlicher ist als einen grundlegenden Wandel anzustreben, es nämlich nicht zu tun. Und auch wenn die Ungerechtigkeit dieser Welt tief in ihre Funktionslogik eingeschrieben ist, so ist sie doch nicht übernatürlich. Dieses System ist historisch gewachsen, es ist die Folge von Interessen und politischen Entscheiden. Es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass wir anders entscheiden können, dass die Welt veränderbar ist. Und das ist es, was die Bewegung der Freiheit, was unsere Bewegung immer stark gemacht macht. 1789 in Paris und übrigens genau zwei Jahre später in Haiti ist eine kleine Gruppe von Menschen in Umständen, deren Widrigkeit weit über unsere hinausgehen, aufgestanden und hat gesagt, es reicht. Wir lassen uns das gute Leben nicht mehr vorenthalten. Die Idee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität haben sich verbreitet wie ein Lauffeuer. 1798 lebte für kurze Zeit das, was als Helvetische Republik den Hoffnungshorizont für Generationen in der Schweiz bilden sollte. 1848 setzt ein Bündnis fortschrittlicher Kräfte den modernen Bundesstaaten gegen die Theokraten und Reaktionäre durch. 1888 wurde die Sozialdemokratische Partei als Ausdruck einer Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung gegründet, die langsam an ihre Chance zu glauben begann. Vor genau 100 Jahren, am 12. September 1918 legten 250'000 Arbeiterinnen und Arbeit ihre Arbeit zum Landesstreik nieder. Das Oltener Aktionskomitee legte mit seinen Forderungen geradezu den Grundstein für die nächsten 100 Jahre: Demokratische Wahlen, Frauenstimmrecht, Arbeitspflicht, Reduktion der Arbeitszeit, demokratische Kontrolle der Armee, Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, Einführung von AHV

und IV, Staatsmonopole für Importe und Exporte und die Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.

Der Staat reagiert mit brutaler Repression. Drei Menschen verlieren ihr Leben. Für ihre Überzeugungen riskieren die Frauen und Männer alles, was sie haben. Um eine Eskalation zu verhindern, bricht das Oltener Komitee den Streik nach drei Tagen ab. Der erste und einzige Generalstreik der Schweiz wird unmittelbar als Niederlage empfunden, drei Jahre später spaltet sich die Linke. Langfristig aber, stösst der Generalstreik die Tore zu einer neuen Welt des sozialen Fortschritts auf. Nur weniger Monate nach dem Streik, wird die Arbeitszeit gesenkt auf 48 Stunden gesenkt. Ein enormer Erfolg. Die Proporzwahl und die AHV folgen innert Jahren. Andere Forderungen brauchen weitere, heftige Kämpfe. Es brauchte 50 Jahre Kampf, die Bewegung von 1968 um dem Stimmrecht der Frauen, der Gleichstellung der Geschlechter (1888), der Demokratisierung der Armee über ein halbes Jahrhundert später endlich Gültigkeit zu verleihen. Der Kampf für die Lohnleichheit dauert an.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen  
Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein, Sozialistin oder Sozialist, Links, Grün oder Gewerkschafterin oder Gewerkschafter zu sein bedeutet, diese Lektion gelernt zu haben: Ja, es mag manchmal aussichtslos scheinen angesichts der Welt. Ja, kein Fortschritt kommt ohne Kampf, es mag Zeit brauchen, Ausdauer, Kraft. Aber die Sache der Freiheit ist vor allem eines: Nie und nimmer verloren, es lohnt sich immer dafür zu kämpfen.